

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft des Erinnerns - Aufarbeitung und Vermittlung des DDR-Unrechts bleibt Verpflichtung für das Land Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Im 30. Jubiläumsjahr der Deutschen Einheit dürfen nicht nur Freude, Feierlichkeiten und der Stolz auf das Erreichte Raum und Aufmerksamkeit erhalten. Es müssen auch diejenigen gewürdigt und gehört werden, die als Opfer unter der SED-Diktatur litten. Viele Bürger wurden bespitzelt, erpresst und manipuliert. Kritiker zensiert, politisch verfolgt, misshandelt und inhaftiert. Kinder und Jugendliche wurden in Heime mit haftähnlichem Charakter gezwungen und gebrochen. Menschen, die das Land verlassen wollten, fanden an der Grenze den Tod.

Die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung des Unrechts in der DDR ist noch lange nicht abgeschlossen. Rehabilitierung, finanzielle Unterstützung, sowie Hilfen bei der Bewältigung des Lebensalltags sind nach wie vor wichtige Themen, die viele Opfer und ihre Familien bewegen. Dies belegt nicht zuletzt das immer noch erhebliche Interesse an den Stasiakten, welche das perfide Funktionsprinzip des Ministeriums für Staatssicherheit dokumentieren.

Der Landtag Brandenburg bekennt sich dazu, auch in Zukunft an die Opfer der SED-Diktatur und das erlittene Unrecht zu erinnern. Betroffene sollen materiell unterstützt und gesellschaftlich gewürdigt werden. Die Erfahrungen und Lehren der SED-Diktatur sind und bleiben Mahnung und Auftrag für künftige Generationen und damit ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit.

Der Landtag Brandenburg bekräftigt daher den Anspruch und das Ziel, die Archiv- und Aufarbeitungsstrukturen zum Thema SED-Diktatur in Brandenburg zu stärken und auszubauen. Bestehende Stand- und Gedenkorte werden weiter unterstützt sowie im Hinblick auf anschauliche Wissensvermittlung und politische Bildung gefördert.

Der Landtag möge beschließen:

Das Land Brandenburg ist aufgefordert, sich zu einem möglichen Rahmen zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages zu positionieren, der die Neuausrichtung der BStU zum Ziel hat. Dazu verfolgt der Landtag Brandenburg folgendes Konzept:

- Die bisherige BStU-Außenstelle in Frankfurt (Oder) wird zu einem zukunftsfähigen Archiv aufgebaut, um die in Berlin gelagerten Akten aus dem ehemaligen Bezirk Potsdam zu übernehmen. Sie bleibt ferner als Dokumentationszentrum, Kontakt-, Beratungs- und Informationsstelle erhalten. Der Ausbau ist mit der Entwicklung eines leistungsfähigen Lern- und Informationsortes in Cottbus als Außenstelle des Archivortes zu kombinieren. Dies soll dazu beitragen, dass im Flächenland Brandenburg eine angemessene regionale Verankerung der Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit gewährleistet ist.
- In der Stadt Cottbus wird - anknüpfend an bereits bestehenden Strukturen - würdevolles Erinnern, authentische Wissensvermittlung und politische Bildung konzeptionell und institutionell als zweite Säule mit dem Charakter eines Lernorts verankert. Dies soll im Rahmen einer BStU-Auskunfts-, Beratungs- und Informationsstelle (ABIS) mit mindestens 10 Vollzeitstellen auf dem Gelände vom Menschenrechtszentrum Cottbus geschehen.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. im Rahmen des Prozesses der Neuorganisation der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, gegenüber dem Bund das Modell der beiden Standorte - Frankfurt (Oder) als Archiv- und Cottbus als Erinnerungs- und Lernort im Rahmen einer ABIS - zu vertreten. Für die ABIS soll im Gesetz die Bedingung einer konzeptionellen Ausrichtung verankert werden.
2. den engen Austausch mit den Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) sowie mit Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen, Bildungsinstitutionen und Gedenkstätten zur Unterstützung und Umsetzung des Anliegens zu suchen.

Begründung:

Drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR tragen noch immer viele Opfer an den Folgen des erlittenen Unrechts. Der vorliegende Antrag ist als eindeutiges Bekenntnis des Landtags Brandenburg zu verstehen, dies gerade im 30. Jahr der Deutschen Einheit ins Bewusstsein zu rufen. Die Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung für die Opfer der SED-Diktatur werden auch in den kommenden Jahren fortgesetzt und gestärkt.

Die Auseinandersetzung mit der Diktatur- und Teilungsgeschichte nach 1945 sowie mit der friedlichen Revolution 1989/90 sind wichtige Bestandteile der Erinnerungskultur und der Bildungsarbeit. Orte, Dokumente und Wissen müssen langfristig gesichert und für kommende Generationen so authentisch wie möglich verfügbar gehalten werden. Die laufende Neuorganisation der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes bietet für das Land Brandenburg die Möglichkeit, die Aufarbeitung, Erinnerung und Wissensvermittlung zukunftsfest weiterzuentwickeln und breiter aufzustellen.

Bei der Ansiedlung der BStU-Außenstellen gibt es große Unterschiede. Während in den anderen ostdeutschen Bundesländern alle Außenstellen an den ehemaligen MfS-Bezirken erhalten blieben, existiert in Brandenburg nur einer von drei möglichen Standorten: Die Cottbuser Akten wurden kurz nach 1989 nach Frankfurt und die Potsdamer Akten 2009 nach Berlin verlagert.

Jetzt besteht die Chance die Potsdamer Akten wieder nach Brandenburg zu holen. Laut dem im Herbst 2019 vom Bundestag beschlossenen Konzept soll es zwar zukünftig nur noch einen Archivstandort pro Bundesland geben; alle anderen Standorte der Außenstellen sollen jedoch auch weiterhin Information, Beratung, Antragstellung und Akteneinsicht ermöglichen. Die Einrichtung eines zusätzlichen Standorts in Brandenburg ist damit im Vergleich mit den anderen Bundesländern mehr als gerechtfertigt.

Neben der zentralen Lagerung der Akten, ist für die Koalition die Stärkung der dezentralen politischen Bildungsarbeit im ganzen Land von zentraler Bedeutung. Die in der Standortdebatte entstandenen Ideen und Konzepte zur politischen Bildungs-, historischen Forschungs- und weiterhin nötigen Aufarbeitungsarbeit gilt es deshalb aufzunehmen und in der zukünftigen Aufstellung zu verankern. Die engagierten Akteure, die sich für die konzeptionelle Stärkung der beiden Standorte einsetzen, müssen zudem intensiver unterstützt werden. Die unterbreiteten Hinweise und Anregungen der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) werden für die konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung aller Bereiche berücksichtigt.